Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 10, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 303. Halle, Mittwoch, den 2. Juli. 1919.

Chaos im Berliner Verkehrsleben.

Ultimatum an die Eisenbahner. — 13000 Magistrats-Hilfsbeamte wollen ebenfalls streiken. — Geplantes Attentat auf die Hamburger Lebensmittellager.

In Berlin wird weiter gestreikt.

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Im Streik bei der Großen Berliner Straßenbahn ist noch keine Aenderung eingetreten. Weder die Direktion noch die Streikenden haben Vorschläge zu einer Einigung gemacht. Die Direktion ist nicht gewillt, Verhandlungen mit den Ausständigen einzuleiten und erwartet, daß diese an sie herantreten.

Heute nachmittag wurde ebenfalls der Streik der Omnibusangestellten beschlossen.

Entweder — oder!

WTB. **Berlin**, 1. Juli. (Drahtnachricht.) Der Minister der öffentlichen Arbeiten erließ folgende Bekanntmachung: Den Wünschen der Eisenbahner folgend stellt die Regierung wertvolle Auslandslebensmittel zu bedeutend herabgesetzten Preisen zur Verfügung, die einen Aufwand von 1½ Milliarden Mark erfordern und dem gesamten Volke zugute kommen. Damit hat sie das Aeußerste getan, was nach der Lage der Staatsfinanzen möglich ist. Sie wird aber auch weiterhin ihrem Personal zu helfen bemüht bleiben, soweit die allgemeine Not des Volkes dies noch irgendwie verlangt.

Die Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung erfolgt in Uebereinstimmung mit dem gesetzgeberischen Vorgehen im Reiche und den Anschauungen der Landesversammlung. Durch die Einführung der Betriebsräte auf Grund des Reichsgesetzes wird dem Personal ein weitgehendes Mitwirkungsrecht eingeräumt. Sämtliche Eisenbahnorganisationen haben ausdrücklich erklärt, daß sie den gegenwärtigen Streik nicht billigen. Auch sonst haben weite Kreise des Personals wiederholt betont, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen würden, sobald der Streikerlaß des Reichswehrministeriums, durch den sie sich in ihrer Arbeitsfreiheit beeinträchtigt fühlten, aufgehoben sei. Im Vertrauen auf diese Zusicherung ist der Erlaß aufgehoben worden.

Abgesehen davon, daß die Arbeiter große Lohnausfälle erleiden, daß die streikenden Beamten kraft Gesetzes ihres Diensteinkommens auf Grund der Arbeitseinstellung verlustig gehen, sind die Folgen für die Allgemeinheit unabsehbar. Alle Zufuhren nach Berlin kommen wegen der Betriebseinstellung auf den Bahnhöfen ins Stocken. Gegen 9000 Wagen allein für Berlin sind auf weiten Strecken unterwegs zum Stilliegen gekommen. So müssen wertvolle Lebensmittel zugrunde gehen. Vieh muß unterwegs verhungern, Fischsendungen verderben. Der Streik würde aber auch verhindern, daß die vorbereitete Senkung der Lebensmittelpreise und die Verteilung der verbilligten Rationen allseitig rechtzeitig durchgeführt werden kann. Hierdurch wird nicht nur die Ernährung der Millionengroßstadt, sondern auch des gesamten Volkes aufs ärgste bedroht. Angesichts der furchtbaren Lage, in der sich der Staat infolge des unglücklichen Ausganges des Krieges befindet, muß jetzt das Wirtschaftsleben unbedingt und mit allen Mitteln wieder in die Höhe gebracht werden, um das Land vor dem Zusammenbruch und die Bevölkerung vor weiterem Hunger zu bewahren.

Schweren Herzens, aber im Bewußtsein der ernsten, mir vor dem Volke obliegenden Verantwortung sehe ich mich daher genötigt, nunmehr die Aufnahme des Betriebes mit den äußersten Mitteln durchzusetzen. Die Beamtenschaft ist sich zum allergrößten Teil ihrer Pflicht gegenüber dem Volke ganz bewußt und bestrebt, gemeinsam mit zahlreichen gleichgesinnten Arbeitern den Verkehr vor dem Erliegen zu bewahren. Alle diese Kreise der Beamten und Arbeiter werden es mit mir nicht nur als notwendig, sondern es geradezu als eine Erleichterung des auf ihnen lastenden seelischen Druckes empfinden, wenn ich nunmehr folgendes bestimme:

Arbeiter, die nicht bis spätestens am Donnerstag, den 3. Juli ihren Dienst wieder aufnehmen, sind entlassen.

Ebenso erhalten Beamte, die nicht bis zum gleichen Tage ihren Dienst wieder aufnehmen, ihre Entlassung nach den disziplinarischen Bestimmungen.

Für die Sicherung der Arbeitsfreiheit ist Sorge getragen.

Oeser.

Neuer Streik in Aussicht.

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Heute nachmittag gab in der Arbeiterratssitzung der Hilfsbeamte Heinrich vom Magistrat Berlin die Erklärung ab, daß der Arbeitsausschuß der 13 000 **Hilfsbeamten beim Magistrat Berlin** den Beschluß gefaßt habe, im Anschluß an den soeben erklärten Streik **der Beamten zwecks Freilassung des verhafteten Verbandsleiters Emonts** ebenfalls sofort in den Streik zu treten. Er machte darauf aufmerksam, daß diese 13 000 **Hilfskräfte die Lebensmittelversorgung Berlins aufrechterhalten.** Nach einer Besprechung mit den Unabhängigen wolle man diesen Streik jedoch bis morgen früh verschieben.

Zur Verhaftung Emonts.

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Zur Verhaftung des Mitgliedes des Schlichtungsausschusses der Bankbeamten, Emonts, teilt der Deutsche Bankbeamtenverein mit: Emonts gehörte dem Allgemeinen Verband der Bankbeamten an. Dieser hat immer und immer wieder erklärt, daß die politische Betätigung seiner Mitglieder deren Privatsache sei und mit den Zwecken und Zielen des Verbandes nichts zu tun habe. Sollte die Regierung einwandfrei nachweisen, daß die Verhaftung Emonts aus politischen Gründen erfolgt sei und daß ihm ein politisches Delikt auch wirklich zur Last gelegt werden kann, so haben wir unsererseits keine Veranlassung, unseren Mitgliedern den Eintritt in den Proteststreik zu empfehlen. Die Bewegung freilich, in der sich die Bankbeamten im Kampf um ihren wirtschaftliche Existenz befinden, wird durch Emonts Verhaftung nicht gehindert werden. Sollte eine Enthaftung nicht erfolgen, so wird einfach ein anderes Mitglied, das mit der Materie ebenso vertraut ist wie Emonts zum Mitglied der Schlichtungskommission ernannt werden. Die Verhandlungen werden deshalb keine Unterbrechung erleiden.

Ausgabe der billigen Lebensmittel 7. Juli.

Militärischer Schutz der Verkehrsmittel.

WTB. **Berlin**, 1. Juli. Der „Voss. Ztg." wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß mit der Ausgabe der verbilligten Lebensmittel bereits nächsten Montag, den 7. Juli, begonnen wird.

Ueber den **Verkehrsstreik** erfährt dasselbe Blatt von zuständiger Seite: In Berlin wird man versuchen, den Verkehr trotz des Streikes der Straßenbahn und Hochbahn, soweit als möglich aufrechtzuerhalten. Der Wagen-, Droschken- und Autoverkehr wird militärisch geschützt. Außerdem werden **militärische Kraftwagen** ebenfalls zur Personenbeförderung herangezogen werden. Ob sich der Omnibusverkehr aufrecht erhalten lassen wird, ist noch nicht ganz klar. Die Verwaltung der Omnibusgesellschaft hat den Angestellten eine monatliche Zulage von 60 Mark bewilligt, die für zwei vergangene Monate nachträglich und für drei kommende Monate im voraus bezahlt werden, so daß die Angestellten sofort 300 Mark erhalten und die regelmäßige Lohnerhöhung am 1. Oktober in Kraft tritt. Die Forderung der Angestellten ging auf Zahlung einer Entschädigungssumme von 700 Mark, die später auf 500 Mark herabgesetzt wurde. Ob sie sich mit den Zugeständnissen der Verwaltung zufrieden geben werden, ist noch unentschieden.

Ein vereiteltes Verbrechen.

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Eine sensationelle Meldung über einen verruchten Plan von Strafgefangenen, der, wenn er gelungen wäre, die Lebensmittelversorgung Deutschlands aufs schwerste gefährdet hätte, wird aus Hamburg gemeldet. Es handelt sich um nichts Geringeres, als die **gewaltigen Lager, die voll amerikanischer Lebensmittel liegen, um das deutsche Volk zu versorgen, in die Luft zu sprengen.** Es wird darüber gemeldet: Der Freihafen mit seinen gewaltigen Lebensmittellagern liegt abseits vom Kampfplatz und war anscheinend nicht in Gefahr. Die zum Freihafen führenden Zugänge waren von Volkswehrmännern besetzt, die aber ihre Posten verlassen hatten. Die Insassen des Justizgefängnisses waren in Freiheit gesetzt worden. Dunkle Elemente, die zum Teil aus der Gegend des Freihafens stammten, sind nun an Mitglieder des Seemannsbundes herangetreten, ihnen bei der beabsichtigten Indielustsprengung der Lager behilflich zu sein. Diese teilten den Plan sofort ihrer Bundesleitung mit, die sich mit dem Leiter der Hafen-Sicherheitstruppen, Georges, in Verbindung setzte, um das Attentat zu verhindern. Zuverlässige Mitglieder des Seemannsbundes wurden mit Waffen versehen und bezogen unter der Führung ihrer Vertrauensleute die verlassenen Posten, so daß die Vernichtung der Lebensmittellager unmöglich gemacht wurde.

Auflösung des Fünfzehner-Ausschusses.

WTB. **Danzig**, 1. Juli. Der Fünfzehner-Ausschuß der deutschen Volksräte, der in Danzig tagte, hat sich aufgelöst. Die Mitglieder haben Danzig verlassen.

Die Eisenbahnsorgen im Staatshaushalts-Ausschuß.

Während in den früheren Jahren die Beratung des preußischen Eisenbahnetats im Staatshaushaltsausschuß gewöhnlich zwei Tage in Anspruch nahm, hat man in diesem Jahre nicht weniger als fünf Sitzungen, die sich zum Teil auf eine zwölfstündige Dauer erstreckten, auf den gleichen Gegenstand verwenden müssen. Das ist durchaus verständlich; fielen doch diese Beratungen zeitlich mit den Eisenbahnerunruhen zusammen, und andererseits war — was man früher niemals für möglich gehalten hätte — ein Defizit von nahezu 4 Milliarden in diesem Etat festzustellen. Ebenso verständlich war es, daß die beiden Minister, **Oeser** und Dr. **Südekum**, diese trostlose Lage der Finanzen zum Anlaß nahmen, auf die hieraus sich ergebenden Pflichten, insbesondere diejenige zur Arbeit, in äußerst freimütiger, aber auch sehr nachdrücklicher Art hinzuweisen. Sie fanden damit unwidersprochene Zustimmung. Insbesondere die **freimütige und frische Art** des Eisenbahnministers Oeser stellte ein Novum bei den Etatsberatungen dar, fand aber außerordentlichen Anklang.

Einen breiten Raum in der Debatte nahm ein Zentrumsantrag ein, der den Uebergang der Staatseisenbahnen auf das Reich begrüßt. Er wurde unter Hinzufügung eines demokratischen Antrages Dr. Friedberg angenommen, wonach der Uebergang der preußischen Staatsbahn auf das Reich zur Voraussetzung haben muß, daß auch die übrigen Staatseisenbahnen auf das Reich übertragen werden. Das gewaltige Defizit und der bevorstehende Uebergang auf das Reich verhindern es nach Aussage des Ministers allerdings, daß die preußische Eisenbahnverwaltung eine Reihe tief einschneidender Veränderungen schon jetzt vornehmen kann. Das wurde insbesondere dem demokratischen Abgeordneten Riedel erwidert, als er bedeutsame technische Aenderungen anregte. Immerhin stimmten die Vertreter der Eisenbahnverwaltung seiner Meinung zu, daß nach dem Inhalt des Friedensvertrages der Eisenbahnbetrieb mit Steinkohlenfeuerung in dem seitherigen Umfange nicht durchgeführt werden könne, und daß deshalb die Elektrifizierung dieses Betriebes unter Ausbeutung der Braunkohlengebiete Deutschlands gefördert werden müsse. Dagegen wird die **Neuorganisation des inneren Eisenbahnbetriebes** im wesentlichen erst nach der **Verreichlichung** der Staatseisenbahnen erfolgen können.

Sehr ausgedehnt war angesichts der Eisenbahnerunruhen natürlich die Erörterung über die Verhältnisse des Personals. Der Abgeordnete **Riedel** traf wohl den Kern der Dinge, wenn er die heutige Stimmung in den Eisenbahnerkreisen einmal als **Reaktion auf die frühere Herrenpolitik** des Ministers **Breitenbach**, andererseits aber als den **Einfluß der gewissenlosen unabhängigen und kommunistischen Hetze kennzeichnete.** Angesichts dieser beiden Tatsachen habe — so führte der Abgeordnete Riedel aus — der jetzige Minister Oeser allerdings gegen ein großes Mißtrauen der Eisenbahner anzukämpfen. Dieses Mißtrauen sei allerdings unberechtigt, wie im einzelnen nachzuweisen wurde. Der Minister nahm das zum Anlaß, um die von ihm geplante Demokratisierung des Betriebes zu erklären. Mit vollem Recht wies er nach, daß eine solche Demokratisierung nicht in momentanen Radikalisierungsversuchen bestehen dürfe, sondern daß sie Zeit haben müsse, um sich systematisch durchzusetzen, und daß sie mit der Volkswohlfahrt in Einklang gebracht werden müsse.

Zu diesen Personalfragen lag — wie immer — eine ganze Anzahl Entschließungen vor. Einstimmig angenommen wurden mehrere demokratische Anträge. Einer derselben gewährleistet den Eisenbahnern, daß die Volksvertretung sich ihrer berechtigten Interessen annehmen wird, ermahnt sie aber zur Pflichterfüllung. Ein anderer fordert, daß die Eisenbahner in dem Reichsgesetz über die Betriebsräte keinen Ausnahmebestimmungen unterworfen werden. Der ursprünglich vorliegende Antrag Riedel, den **Altpensionären der Arbeiterpensionskasse** eine **Teuerungszulage** zu gewähren, mußte mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Aenderung des Lebensmittelpreises und die Ablehnung der Teuerungsbeihilfen für das jetzige Personal zu Gunsten einer Entschließung zurückgestellt werden, welche der Staatsregierung und den Organen der Pensionskasse die Behebung der Notlage der Altpensionäre ans Herz legt. Diese Entschließung fand **einstimmige** Annahme. Ein **demokratischer** Antrag **Höfler**, der in seinem ersten Teil der Schaffung von Aufstiegsmöglich-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190702012/fragment/page=0001

teilen für die mittleren und unteren Beamten forderte, wurde gleichfalls einstimmig angenommen. In seinem zweiten Teil, der die Ersetzung der jetzigen Amtsvorstände durch mittlere Beamte forderte, wurde ein Zusatz eingeführt, durch welchen Härten für die jetzigen höheren Beamten vermieden werden sollen. Mit diesem Zusatz fand auch der zweite Teil Annahme.

Da inzwischen die Lohn- und Gehaltsforderungen der Eisenbahner zwischen der Staatsregierung und den Eisenbahnerverbänden lebhaft verhandelt wurden, beantragten die demokratischen Ausschußmitglieder, daß ein Unterausschuß des Staatshaushaltsausschusses an diesen Verhandlungen beteiligt würde. Es wurde entsprechend beschlossen. Es muß allerdings in diesem Zusammenhange folgendes festgehalten werden: In der entscheidenden Sitzung, in welcher die Staatsregierung mit den Vertretern des Staatshaushaltsausschusses über die Forderungen der Eisenbahner sich zu verständigen versuchte, haben in der Hauptsache demokratische und mehrheitssozialistische Abgeordnete versucht, für die Eisenbahner nach Möglichkeit etwas herauszuschlagen. Der Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie, der Abgeordnete Paul Hoffmann, ergriff hier, als er die Möglichkeit hatte, die Interessen der Eisenbahner zu vertreten, überhaupt nicht das Wort, und als der Ministerpräsident, nachdem alle anderen Parteien sich geäußert hatten, auch den Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie zur Meinungsäußerung aufforderte, erklärte Hoffmann, daß er sich jede Stellungnahme vorbehalten müsse. Eine Stunde später aber hielt er im Plenum der Landesversammlung eine Hetzrede schlimmster Art und verwarf die Zugeständnisse der Regierung in Bausch und Bogen. Als dann am folgenden Tage im Staatshaushaltsausschuß die allgemeine Debatte über die Personalfragen stattfand, glänzte die unabhängige Sozialdemokratie — sonst durch Paul Hoffmann vertreten — völlig durch Abwesenheit. Während also der parlamentarische Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie nicht das geringste tat, um sich für die Forderungen der Eisenbahner einzusetzen, stellte er sich doch einen Tag später in dem Zirkus Busch hin und hetzte in der niedrigsten Weise die Eisenbahner auf, im Streik zu verharren. Ein größerer Betrug an den Eisenbahnern selbst ist wohl noch nie dagewesen.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. **Weimar**, 1. Juli. Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20. Auf der Tagesordnung stehen zuerst Anfragen.

Abg. **Mumm** (Dn.) fragt nach der Verwendung von Reichsgeldern zu Parteizwecken, wie sie durch die Versendung von Drucksachen durch den Werbedienst der deutschen Republik und die Zentrale für Heimatdienst durch portofreie Versendung erfolgt sei.

Geheimrat **Freih. von Welser**: Seit Anordnung der Liquidierung des Werbedienstes wurden neue Druckaufträge nicht mehr erteilt. Eine Reihe von Aufträgen konnte aber nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Abg. **Mumm** stellt später fest, daß die Antwort im schroffsten Widerspruch stehe zu der Antwort des früheren Ministerpräsidenten Scheidemann, wonach der Werbedienst bereits seit Februar sich jeder Propaganda enthalten habe, und fragt an, ob die Regierung nicht beantworten wolle, wieviele Reichsgelder verwendet worden seien.

Eine Antwort erfolgt nicht.

Auf eine Anfrage der Abg. Frau **Zietz** (U. S.) wegen Ueberwachung der Telephonanschlüsse zahlreicher Angehöriger der U. S. P. D. in Berlin erklärt ein Regierungsvertreter bei Verhängung des Belagerungszustandes könne die Militärbehörde das Telephongeheimnis aufheben lassen und trage dann dafür die Verantwortung.

Abg. **Dr. Graf zu Dohna** fragt nach der in Aussicht gestellten reichsgesetzlichen Regelung der

Halpflicht für Ausfuhrschäden.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß ein derartiger Gesetzentwurf bereits im Staatenausschuß vorliege und voraussichtlich in einigen Tagen der Nationalversammlung vorgelegt werden kann.

Es folgt der Bericht des Haushaltungsausschusses über die Verordnung zur

Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedelungsland,

die vom Ausschuß zu einem Gesetzentwurf umgearbeitet wurde, der in seinem Paragraphen 1 bestimmt, daß die Bundesstaaten verpflichtet sind, gemeinnützige Siedelungsunternehmungen zur Schaffung neuer Ansiedelungen und zur Hebung bestehender Kleinbetriebe bilden.

Abg. **Blum** (Ztr.): Im Interesse der Gesundung unseres Volkes nach der volkswirtschaftlichen und ethischen Seite hin ist bisher erfreulich, daß man heute beinahe von einer Stadtflucht sprechen kann. Immerhin wird man nicht annehmen dürfen, daß sich nun die Umwandlung Deutschlands aus einem Industrie- in einen Agrarstaat rasch vollziehen wird. Für die Siedelungstätigkeit muß zunächst

die Schaffung von Bauerngütern mittlerer Größe

ins Auge gefaßt werden, da diese am besten in der Lage sind, sich den wechselnden Bedingungen der Erzeugung und des Absatzes anzupassen. Die Siedelungstätigkeit wird vor allen Dingen auch die Aufgabe haben, die Landarbeiterfrage mildern zu helfen, denn mehr als je brauchen wir auf dem Lande einen Stamm intelligenter und leistungsfähiger Arbeiter. Gemeinden, Kreise, Provinzen und Staat müssen zur Förderung des Siedelungswesens zusammenwirken.

Abg. **Schmidthals** (Dem.): Es müßten in der Landwirtschaft weniger Großbetriebe und mehr kleinere Betriebe geschaffen werden. Wenn wir die breiten Massen der Arbeiterbevölkerung nicht wieder aufs Land hinausbringen, dann müssen sie auswandern. Wir müssen dahin arbeiten, daß das deutsche Volk wieder Lust zur Arbeit bekommt, und wir glauben, dieses Gesetz wird dazu beitragen.

Abg. **Loewe, Bernhard** (Soz.): Wir begrüßen dieses Gesetz, weil es endlich ein Versprechen erfüllt, das den Kriegsteilnehmern gegeben worden ist.

Abg. **Dr. Roesicke** (Deutschnat.): Bei der Gründung von Siedlungen ist darauf zu achten, daß die Rentabilität gesichert werde, sonst bedeuten sie keinen Vorteil, sondern eine Gefahr. Besonders schwierige Verhältnisse schaffen auch die hohen Baukosten. Der Landwirtschaft wird gerade in der nächsten Zeit größere Bedeutung zuzumessen sein.

Regierungskommissar für das Wohnungswesen **Scheidt**: Die Schwierigkeit der Durchführung des Gesetzes besteht in der Hauptsache in dem Mangel an Baustoffen. Das Reich hat 500 Millionen zu Wohnungsbauten zur Verfügung gestellt, die aber bei weitem nicht ausreichen, denn wir würden jährlich 500 Milliarden brauchen.

Abg. **Dusche** (Deutschnat.): Man soll möglichst viel neue Siedlungen schaffen und dabei möglichst auch die Kriegsbeschädigten berücksichtigen und diejenigen, die aus den jetzt verlorengehenden Gebieten zurückwandern. Wenn man städtische Arbeiter auf das Land bringen will, wird man sich vor allem entschließen müssen, die Arbeitslosenunterstützung sehr erheblich herabzusetzen.

Abg. **Wurm** (Unabhängig): Das Gesetz erweckt trügerische Hoffnungen. Deshalb wird meine Fraktion dagegen stimmen. Anstelle der Privatbetriebe muß Allgemeinwirtschaft treten.

Regierungskommissar **Professor Sering**: Von den heutigen Besitzern wird großes soziales Empfinden verlangt, wenn sie zu Siedelungszwecken Boden hergeben sollen zum gewöhnlichen Werte ohne Berücksichtigung der Verhältnisse, die der Krieg geschaffen hat. Das Volk kann sich über ein solches Gesetz freuen.

Abg. **Dr. Heim** (Zentrum): Sozialisierung würde die Produktion erschweren. Wir müssen uns darauf einstellen, daß wir wieder mehr Agrarland werden.

Das Gesetz wird mit einigen Aenderungen angenommen. Die dritte Lesung wird ausgesetzt, da sich über einen Paragraphen aus juristischen Gründen keine Einigung erzielen läßt.

Schluß 7½ Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch, 2 Uhr (Interpellation, Verfassungsentwurf).

Der Arbeitsplan der Nationalversammlung

WTB. **Weimar**, 1. Juli. Der Aeltestenrat der Nationalversammlung einigte sich in seiner heutigen Sitzung dahin, das Siedelungsgesetz noch heute in allen drei Lesungen zu erledigen und morgen, Mittwoch, mit der zweiten Lesung der Verfassungsvorlage zu beginnen. Man hofft, in dieser Woche mit der zweiten Lesung der Verfassungsvorlage fertig zu werden. In der nächsten Sitzung sollen dann die zehn Steuervorlagen in Angriff genommen werden. Man hofft, die erste Lesung dieser Steuervorlagen in drei Tagen erledigen zu können. Hierauf, 11 bis 12. Juli, soll die Verfassungsvorlage in dritter Lesung ihre Verabschiedung finden. Dabei wird eine ausgiebige Generaldiskussion zugelassen werden. Von den Steuervorlagen sollen die Kriegsgewinnsteuer und die große Vermögensabgabe noch im Juli in allen drei Lesungen verabschiedet werden, um sofort in Wirksamkeit treten zu können. Man hofft, bis Ende Juli den vorliegenden Arbeitsstoff bewältigt zu haben. Ende August werden die Steuerausschüsse in Berlin zusammen treten. Das Plenum wird von Oktober bis Dezember in Berlin tagen. Neuwahlen werden voraussichtlich im Januar stattfinden.

Preußische Landesversammlung.

WTB. **Berlin**, 1. Juli. Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 30. Eine Anfrage über Entfernung von Kaiserbildern aus den Schulen wird von Unterrichtsminister Haenisch dahin beantwortet, daß aus den Schulen die Wahrzeichen des ehemaligen kaiserlichen Deutschland verschwinden müßten. Nur Werke von unzweifelhaft künstlerischem Werte dürften in den Schulräumen verbleiben.

Es folgt die zweite Beratung des Antrages Dr. Abderhalden und Gen. (Dem.) auf Annahme eines Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung bei ehrengerichtlichen Strafen und ehrengerichtlichen Verfahren gegen Aerzte. Nach kurzer Aussprache wird der Gesetzesantrag ohne Ausschußberatung einstimmig angenommen. Ebenso der Gesetzesantrag über weitere Beihilfen zu den Kriegswohlfahrtsausgaben für Gemeinden in zweiter Beratung.

Hierauf wird die zweite Lesung des Justizetats fortgesetzt.

Justizminister **Am Zehnhoff**: Die Beamtenausschüsse sollen das Verhältnis zwischen den Behörden und den einzelnen Beamten stärken. Für die Erlangung des Notetats sind bereits einige Erleichterungen getroffen.

Abg. **Dr. Deerberg** (Dn.): Unter dem Zwange, den die Not des Vaterlandes uns auferlegt, werden wir manche wünschenswerte Reform scheitern sehen. Erfreulicherweise hat unsere Rechtspflege in keinem Augenblick versagt.

Klassenjustiz gibt es in Preußen und Deutschland nicht.

(Widerspruch bei den U. S.) Das Recht zum Erlaß einer Amnestie darf die Volksvertretung nicht aus den Händen geben.

Abg. **Stenkel** (D. Vpt.): Unserer Justiz ist die große Zahl der Sondergerichte höchst abträglich gewesen. Die Justizreform wird sie hoffentlich einschränken, vor allem aber die großen Schöffengerichte an die Stelle der Strafkammern setzen. Der Erlaß einer allgemeinen Amnestie kommt nach unserer Auffassung nicht in Frage.

Mittwoch, 1 Uhr, Fortsetzung. Die Frage, ob auch der Antrag Ruer (Dem.), betreffend Sonderrechte von Schleswig-Holstein, auf die Tagesordnung gesetzt werden soll, führt zur Ausschaltung des Hauses. Diese ergibt bei 167 Anwesenden die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Der Präsident wird die genaue Tagesordnung den Mitgliedern schriftlich zugehen lassen. Schluß 5¾ Uhr.

Eine feierliche Rechtsverwahrung.

WTB. **Danzig**, 1. Juli. Der parlamentarische Aktionsausschuß beschloß, daß bei Ratifizierung des Friedens eine feierliche Rechtsverwahrung gegen die Vergewaltigung des Ostens eingelegt werden soll. Zu diesem Zwecke sollen die Abgeordneten der Gebiete für die der parlamentarische Aktionsausschuß Nord gebildet ist, nach Berlin zu einer Gesamttagung berufen werden. Der Aktionsausschuß ist der Ansicht, daß die Bevölkerung des Ostens mit dem Spruche der Nationalversammlung sich abfinden muß. Doch müsse daran festgehalten werden, daß bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages die Hoheitsrechte in den Ostgebieten dem Deutschen Reiche verbleiben. An die in den Abstimmungsbezirken wohnenden Deutschen richtet der Aktionsausschuß die dringende Bitte, ihr Volkstum hochzuhalten. Einst komme der Tag, da ein gerechter Richterspruch der Weltgeschichte das Unrecht von Versailles wieder gutmachen werde.

Rückkehr der Internierten.

Genf, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Pariser Meldungen sind die Vorbereitungen für die Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen im Gange. Sämtliche deutschen Zivilgefangenen, die sich noch in Frankreich befinden, werden ebenfalls ihre Entlassung erhalten und demnächst nach Deutschland zurückkehren. Im Saargebiet sind bereits mehrere Züge mit Internierten aus Frankreich eingetroffen.

Deutschfeindliche Kundgebungen in Spa

WTB. **Spa**, 30. Juni. Obwohl den englischen und den belgischen Behörden bekannt war, daß der Abtransport des Hauptteiles der Waffenstillstandskommission heute abend 9 Uhr erfolgen werde, haben sie starke deutschfeindliche Kundgebungen vor dem Hotel, in den Straßen der Stadt und vor dem Bahnhof nicht verhindert. Johlen, Pfeifen und Schreien und feindliche Rufe erfolgten. Er wurden auch einzelne Steine gegen die von Hotel abfahrenden Automobile geworfen. Obwohl einige kleinere Steine die Insassen trafen, gab es glücklicherweise keine Verletzungen. Die Glasfenster eines Automobils wurden zertrümmert. Die Haltung der englischen und belgischen Polizei und der Soldaten war tadellos. Am Bahnhof fand sich der englische General Green persönlich ein. Das wenig zahlreiche Aufgebot war jedoch gegen die Mengemachtlos, die anscheinend von auswärtigen Elementen noch weiter aufgehetzt wurde. Ein von der belgischen Zivilbehörde trotz Ersuchens der belgischen Gendarmerie nicht verbotener Umzug mit Musik trug auch zur Aufregung der Einwohner noch bei. Nach den Vorkommnissen in Versailles hätten die englischen und belgischen Militärbehörden weitere umfassendere Vorkehrungen treffen müssen.

Erfolgreiche Haussuchungen in Leipzig.

WTB. **Leipzig**, 1. Juli. Da trotz des vom Oberbefehlshaber Leipzig erst kürzlich in Erinnerung gebrachten Verbots, an gewisse kommunistische Hetzblätter, wie „Der Klassenkampf" und die „Kommunistin", im Geheimen bis in die letzten Tage weiter verbreitet wurden, sind gestern an verschiedenen Stellen Haussuchungen vorgenommen worden, die erhebliches Belastungsmaterial ergaben und zur Verhaftung von drei Personen führten

Vom ehemaligen Kaiser.

Haag, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) In einer Sitzung des Unterhauses fragte Horatio Bottomley, ob die Regierung bei der holländischen Behörde Schritte getan habe, um das Entweichen des Kaisers zu verhindern. Der Minister Harmsworth antwortete, die britische Regierung habe durch ihre Vertretung im Haag bei der holländischen Regierung Vorstellungen erhoben, um die Notwendigkeit klarzumachen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen zur Verhinderung der Abreise des Exkaisers. Auf weitere Fragen teilte der Minister mit, daß mit Holland keine Verhandlungen über die Auslieferung des Kaisers erfolgt seien.

WTB. **Amsterdam**, 1. Juli. Das „Allgemeen Handelsblad" wird von offizieller Seite ersucht, die Meldung von der beabsichtigten Abreise des vormaligen deutschen Kaisers auf das bestimmteste zu dementieren.

Der österreichische Friedensvertrag.

WTB. **Amsterdam**, 1. Juli. „Allgemeen Handelsblad" meldet aus Paris, daß die ergänzenden Bestimmungen des österreichischen Friedensvertrages gegen Ende dieser Woche überreicht werden sollen. Damit wird die Unterzeichnung wahrscheinlich bis Anfang August verzögert. Nur die militärischen Bestimmungen müssen noch festgesetzt werden.

Massenhinrichtungen in Budapest.

Wien, 1. Juli. Die „Neue Freie Presse" ruft die Stimme der Menschlichkeit der ganzen Welt angesichts der ihr zugekommenen Mitteilungen von den Massenhinrichtungen in Budapest an, denen nicht nur die Führer des Dienstagsputsches und fast sämtliche Offiziere der Offiziersakademie, sondern auch zahlreiche Zöglinge derselben, kaum dem Knabenalter entwachsene Menschen, zum Opfer gefallen seien.

Deutsches Reich.

Die Auflösung des Bundes christlicher Demokraten

Der „Reichsbote" veröffentlicht folgende Erklärung des Pfarrers Haecker: „Die politische Entwicklung seit den Wahlen zur Nationalversammlung hat mich gelehrt, daß mein Eintreten für die „Christliche Volkspartei", wie sich das Zentrum damals nannte, ein Fehler gewesen ist. Ich stehe nicht an, diesen Fehler öffentlich zu bekennen. Ich ziehe mich vom Zentrum zurück, ohne die Hoffnung aufzugeben, daß es bewußt evangelischen Deutschen oft vergönnt sein möge, mit deutschen Katholiken, die Verständnis für evangelische Frömmigkeit haben, auf dem Gebiete sittlicher Politik zusammen zu gehen. Als Partei aber, der ich dienen könnte, kommt das Zentrum für mich nicht mehr in Betracht. Zumal der politischen Leitung des Herrn Erzberger mag ich mich nicht anvertrauen. Berlin, 26. Juni 1919. Haecker, Pfarrer." Dazu können wir, bemerkt die „Deutsche Tageszeitung", nur nach unserer Kenntnis mitteilen, daß diese Auffassung des Pfarrers Haecker in den entscheidenden Punkten von den ausschlaggebenden ehemaligen Mitgliedern des Bundes christlicher Demokraten geteilt wird.

Halle und Umgebung.

Halle den 2. Juli 1919.

Hallischer Bürgerverein.

In der letzten Ausschußsitzung erstattete Herr Stadtr. Hoe einen sehr interessanten und stimmungsvollen Bericht über die neue Stadtverordnetenversammlung und ihre Arbeit. Er gab zunächst einen kurzen Rückblick auf die Wahlen, geißelte noch einmal die Lauheit der Wähler, streifte die Bedeutung der Listenverbindung in ihrem Ergebnis auf die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung und schilderte kurz in kurzen, temperamentvollen Ausführungen die einzelnen Fraktionen mit ihren hervorragendsten Persönlichkeiten.

Von der Arbeit der neuen Stadtverordnetenversammlung bemerkte der Referent, daß sie ein bedeutendes Mehr gegenüber der Arbeit in der alten Versammlung darbiete. Die Länge der Sitzungen sei aber vielfach durch die politischen Debatten und Dauerreden, denen in der Regel ein agitatorisch-politischer Zweck zugrunde liege, hervorgerufen. Wenn man von den agitatorisch-politischen Debatten absehe, so müsse man sagen, daß fleißige Arbeit geleistet

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190702012/fragment/page=0002

werde. Eingehend auf die bedeutungsvollen Vorlagen, die bisher von der neuen Stadtverordnetenversammlung erledigt sind (Bau von Kleinwohnungsanlagen, Vorschußzahlungen an die durch die Plünderungen Geschädigten, 42 000 000-Mk.-Anleihe, Beamtenanstellungen, Straßenbahntarif usw.) zeigte der Berichterstatter die Stellungnahme der Versammlung zu den einzelnen Vorlagen.

In der sich anschließenden regen Aussprache ging man insbesondere auf den Antrag betr. Amtsniederlegung der unbesoldeten Stadträte ein, ferner auf die Bezahlung der Deputationen und Ausschüsse, die Frage der Entschädigung der Stadtverordneten in ihren Folgen für die gesamte ehrenamtl. die Tätigkeit bei den städtischen Behörden (Armenpfleger usw.), Verteilung der Sitze der unbesoldeten Magistratsmitglieder und die Beamtenanstellungen.

Unter Punkt 2 der Tageserdnung wurde aus der Versammlung heraus mitgeteilt, daß man in Ankenntnis der Verhältnisse in der Bürgerschaft vielfach den hallischen Bürgerverein mit dem Allgemeinen Bürgerverein für städtische Interessen verwechselte. Sei hier und da die Meinung entstanden, als ob mit der Auflösung des Allgemeinen Bürgervereins für städtische Interessen auch der Hallische Bürgerverein aufgehört habe zu leben. Es müsse daher der Oeffentlichkeit gegenüber mehr Aufklärungsarbeit geleistet und für den Verein geworben werden. Nach dem Absterben des Allgemeinen Bürgervereins für städtische Interessen sei der Hallische Bürgerverein der einzige neutrale Sammelpunkt für alle hallischen Bürger, die ihr kommunalpolitisches Interesse betätigen wollen und es im Hallischen Bürgerverein auch betätigen können ohne Rücksicht auf ihre parteipolitische Zugehörigkeit. Der vorgerückten Zeit wegen konnte die Auflösung des Allgemeinen Bürgervereins für städtische Interessen und ebenso die noch anzeschnittenen sehr wichtigen Fragen der Fett- und Kohlenversorgung in unserer Stadt nicht mehr behandelt werden. Der Vorstand wird sich aber in seiner nächsten Sitzung mit diesen Gegenständen und speziell der Fett- und Kohlenversorgung mit entsprechenden Anträgen an die Stadtverwaltung herantreten.

Zum Schlusse der Versammlung wurde vom Vorstand noch mitgeteilt, daß die geplante öffentliche Versammlung mit dem Thema „Siedlungsfragen" verschoben werden müßte. Sie wird wahrscheinlich nach den großen Ferien stattfinden. Näheres wird z. Zt. bekanntgegeben werden.

Kreissynode Halle-Stadt.

Die diesjährige Kreissynode tagte am 26. Juni im Gemeindehaus Albrechtstraße von 9 Uhr vorm. bis 1¾ Uhr zum ersten Mal unter Vorsitz von Sup. Meinhof. Die Vorlage des Konsistoriums behandelte Direktor Swierczewski: „Die Geschichte der Volkshochschulen und ihre Bedeutung für die evangelische Kirche". Er bot vor allem einen Einblick in das Werden und Wollen Grundtvigs (1783—1872), des Vaters der dänischen, auf Geschichte und Christentum sich aufbauenden Volkshochschule in Dänemark, die schnelle Nachfolge in Norwegen, Schweden und Finnland gefunden hat, aber erst 1905 zögernd auf deutschem Boden, in Nordschleswig, später 1913 in Württemberg und in anrenzenden Gebieten festen Fuß faßt. Seit etwa einem halben Jahr marschiert die Volkshochschule mit so schnellen Schritten auf deutschem Boden, getragen von Regierung, Gemeinden und mancherlei Vereinen, daß ihr gesunder Ausbau gefährdet scheint und sie aus einer ursprünglichen „Willensschule" zur Heranbildung von gereiften Persönlichkeiten zur bloßen „Lern- und Wissensschule" zu verflachen droht. Ihr Ideal ist vor allem in der Stille des Landlebens zu verwirklichen, in Heimschulen (Internaten), wie sie Dänemark, heute rund 100 mit 9000 Schülern und Schülerinnen, durchweg aufweist und die allein rechte Erziehungsgemeinschaft vermöglichen. Daneben stehen in Deutschland, als schneller zu erreichender und billigerer Ersatz Halbtagsschulen und Abendkurse, diese zumeist in der Stadt, jene auf dem Lande. Die Kirche hat ein mittelbares Interesse an der ganzen Arbeit, die zur Gesundung unseres zerrütteten Volkslebens beitragen kann.

Es wurde eine Entschließung im Sinne des Referenten angenommen.

Der Jahresbericht des Superintendenten über die kirchlichen und sittlichen Zustände im Kirchenkreise gab eine Reihe von Einzelheiten aus dem kirchlich-n Gemeindeleben und beantwortete dann die Frage: „Wie haben die Ereignisse des Jahres auf unser gesamtkirchliches Leben gewirkt, was ist daran getan worden, was kann geschehen?" Dabei schilderte er vor allem die im Winter entstandene „Evangelisch-kirchliche Arbeitsgemeinschaft", eine Zusammenfassung sämtlicher Stadt- und einiger anschließenden Gemeinden. Erörtert wurde im einzelnen das neue Kirchenblatt „Für Herz und Haus" und das vom Naroschverband herausgegebene Evangelische Gemeindeamt, das am 15. September seine Tätigkeit aufnimmt. Danach beschloß die Kreissynode, an die Gemeinden die Aufforderung zu richten, die Gemeindeschwestern so zu verwehren, daß sie auch die Privatpflege in den Gemeinden übernehmen können.

Nach Entgegennahme des Berichts über Jugendpflege durch den Jugendpfleger Pastor Giesecke nahm die Synode eine Entschließung an, in der die Kinderpflege sowie eine Beaufsichtigung der Buch- und Bildläden durch die Sittenpolizei verlangt wird.

Die Mörder des Oberstleutnants v. Klüber vor dem Schwurgericht.

In seiner weiteren Verteidigungsrede verneint der Vertreter Fiedlers, Rechtsanwalt Starke, dessen Ueberlegung bei der Tötung des Oberstleutnants, wenn er überhaupt daran teilgenommen habe, weil er zur Ueberlegung nicht Zeit gehabt hätte. Fiedler könne als Mittäter allenfalls nur insoweit in Frage kommen, als er bei denen war, die den Oberstleutnant ins Wasser warfen, nicht aber bei denen, die die Schüsse abgaben und jenen vom Leben zum Tode brachten, weil er sich da bereits innerlich von der Tat abgewendet habe. Die Frage nach versuchten Totschlag ist zu verneinen, denn es erscheint dem Verteidiger nicht nachgewiesen, daß Fiedler die Absicht und den Willen zum Töten gehabt hat. Doch habe der Verteidiger die Hilfsfrage nach der vorsätzlichen Körperverletzung gestellt. Der Verteidiger befürwortet natürlich auch die Annahme mildernder Umstände.

Für den Angeklagten Kreis führt Rechtsanwalt Dr. Simson die Verteidigung. Da dieser Angeklagte besonders auch von Bauer belastet wird, so legt die Verteidigung besonderen Nachdruck auf die Unglaubwürdigkeit Bauers, die sich gründet auf dessen Lügenhaftigkeit. Weiter wird Kreis belastet durch die Aussagen einer Frau, die ursprünglich gar nicht und erst während der Verhandlung auf Antrag der Verteidigung als Entlastungszeugin geladen worden war, sich nun aber als eine Belastungszeugin erwies. Der Verteidiger bemühte sich, diese Zeugin als eine hysterische Frau und als völlig unglaubwürdig nach ihren Vorbestrafungen, hinzustellen, so daß sie für die Urteilsfindung ausgeschaltet werden müsse. Ferner belasten den Angeklagten zwei Kinder, deren Glaubhaftigkeit, weil sie Kinder sind, ebenfalls angezweifelt wird. Kreis werde nicht die Absicht gehabt haben, den Oberstleutnant zu töten. Es lasse sich überhaupt gar nicht feststellen, ob die, welche den Oberstleutnant ins Wasser warfen, den Vorsatz der Tötung gehabt hatten. Es läßt sich denken, daß sie ihm nur etwas „auswischen" wollten. Und wenn daß Angeklagten der Massenhypnose erlegen sein sollten, so waren sie nimmer in der Lage, die seinen Ueberlegungen anzustellen, die vorausgesetzt werden müssen um den Tatbestand des Mordes feststellen. Sollten die Geschworenen den Aussagen der Kinder folgen, so müßten sie doch auch für den Fall des Totschlags oder der schweren Körperverletzung mildernde Umstände dem Angeklagten Kreis zubilligen. Der Verteidiger beantragt, sämtliche Schuldfragen bei Kreis zu verneinen und nur die nach einfachem Landfriedensbruch zu bejahen.

Den Angeklagten Richter verteidigt Justizrat Aronsohn. Er stützt seine Verteidigungsrede auf den alten Rechtsgrundsatz: Im Zweifelsfalle muß freigesprochen werden. Fest stehe nach dem Angeklagten, daß dessen erster Schuß auf dem Schwimmenden nicht gezielt war und nicht getroffen hat, denn der Körper war von zwei Revolverkugeln getroffen worden. Erst der letzte Schuß war aus einem Gewehr abgegeben worden. Was den letzten Schuß betrifft, so habe keiner gesehen, daß Richter ihn abgegeben hat. Der Verteidiger ging nun auf die rechtlichen Merkmale der in Rede stehenden Verbrechen ein und wies mit allem Nachdruck darauf hin, daß in allen Revolutionszeiten die politischen Leidenschaften aufbrausen und sich in Vergehen ausgewirkt haben. Auf alle Fälle läge hier kein Mord mit Ueberlegung, sondern nur Totschlag vor.

Pflichtverteidiger der Angeklagten Jungmann und Musculus ist Rechtsanwalt Dr. Schreiber, die des schweren Landfriedensbruches schuldigt werden. Die Frage, daß Jungmann sich an der Zusammenrottung einer Menge beteiligt habe und in ihr auch verblieben war, nachdem er den Zweck der Zusammenrottung erkannte, müsse verneint werden. Es wäre ihm bei seiner Schwerhörigkeit gar nicht möglich gewesen, den Zweck der Zusammenrottung zu erkennen. Er habe vielmehr wiederholt den Oberstleutnant vor Angriffen geschützt, keinerlei Beweis sei gegeben, daß er an Gewalttätigkeiten gegen Herrn v. Klüber teilgenommen hat. Es müsse demnach die Frage des einfachen wie des schweren Landfriedensbruches verneint werden. Auch die Frage, daß er Rädelsführer gewesen sei. Unter allen Umständen wären hier mildernde Umstände vorhanden.

Was den Angeklagten Musculus betrifft, der den Oberstleutnant umfaßt haben soll, so habe die Beweisaufnahme außerordentlich wenig ergeben. Einziger Belastungszeuge sei ein Kind von 10 Jahren, das überdies auch Unstimmigkeiten in seiner Aussage habe erkennen lassen. Daraus könne man keine Verurteilung gründen. Die Frage des einfachen wie des schweren Landfriedensbruches sei zu verneinen. Auf alle Fälle seien mildernde Umstände zuzubilligen.

Rechtsanwalt Pfeiffer verteidigt den Angeklagten Rädel. Daß der sich des einfachen Landfriedensbruches schuldig gemacht habe, darüber bestehe kein Zweifel. Daß er aber selbst Gewalt ausgeübt, daß er mit einem Schlagring geschlagen hat, das hat kein Zeuge bekunden können. Als Rädelsführer könnte er auch nicht angesehen werden, denn er sei erst hinzugekommen, als schon alles im Gange war. Und er sei auch wieder davongegangen, ohne das Ende abzuwarten. Für alle Fälle beantragt der Verteidiger auch hier die Zubilligung mildernder Umstände.

Eisleben.

Anzeigenaufträge und Zeitungsbestellungen für die

„Saale-Zeitung"

nehmen an

Zigarrengeschäft Julius Voigt,

Rammlor 10,

Frau Ida Alte,

Rammberg 42.

Für den Angeklagten Kelz führt Rechtsanwalt Bauchwitz die Verteidigung. Wir werden in der nächsten Nummer noch kurz darauf zurückkommen. Mittwoch früh spricht Rechtsanwalt Spilling für den Angeklagt-n Suhle. An diesem Tag wird auch die Verhandlung durch Urteilsspruch zu Ende geführt werden.

Der V. kommunale Bezirksverein hielt eine und in seiner alten Gestalt letzte Generalversammlung am Montag im „Kaiserhof" ab. Herr Günter als 1. Vorsitzender leitete sie. Er engagiert teilte er mit, daß infolge des Anschlusses an die Deutsch-demokratische Partei zwar einige Mitglieder ausgeschieden, andererseits aber soviel neue Mitglieder hinzugekommen seien, daß der Verein von früher 250 Köpfen auf etwa 1000 angewachsen sei. Der Beschluß vom 5. Dezbr. 1918, durch den der Anschluß an die Deutschdemokratische Partei vollzogen wurde, bedeutete jetzt aber auch einen Angleich der Satzungen an das demokratische Prinzip. Durch wenige Aenderungen, wie sie Herr Günter für die Uebergangszeit vorschlug, wurde dies erreicht. Der Verein wurde dadurch zum „Deutsch-demokratischen Bezirksverein Halle-Nord-Ost". Zum Punkt „Veränderungen im Vorstand" wurde mitgeteilt, daß die Herren Schriftführer Hinsche, zweiter Vorsitzender Pieß und der erste Vorsitzende Günter ihr Amt niedergelegt haben. Herr Günter begründete seinen Entschluß damit, daß er außerhalb des Bezirks Halle-Nord-Ost wohne und daß dann die neue Zeit auch neue, jüngere Kräfte verlange. Von dem Vereinsvermögen von 100 Mk. bar und 500 Mk. in Kriegsanleihe wurden für die vertriebenen Eisleb-Lothringer und für die im Ausland untersuchungsbedürftigen Kinder je 100 Mk. in Kriegsanleihe bewilligt, der gleiche Betrag wurde dem Verein Jugendhilfe-Halle überwiesen. Ueber den Rest des Vermögens war schon vorher durch einen Zusatz zu den Satzungen verfügt worden.

Der Hallische Lehrerverein hat am Donnerstag, den 3. Juli, abends 7½ Uhr Versammlung in der Aula des Reform-Realgymnasiums mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag über „Religion und Moral" (Herr Geheimrat Prof. D. Carr). 2. Mitteilungen. — An die Sitzung des 5. L. V. schließt sich um 9½ Uhr am gleichen Orte eine allgemeine Lehrerversammlung aller Lehrer und Lehrerinnen der Kreisschulinspektion Halle I-Stadt und der Lehrerinnen der Volks- und städtischen Mittelschulen sind dazu eingeladen.

„Donna", Lebens-, Pensions- und Leibrenten-Versicherungsgesellschaft a. G. zu Halle. Neuzugang in 1918: 199 972 (172 910) angenommene und eingelöste Versicherungen über 95,2 Millionen Mark Versicherungssumme (i. V. 61,2 Millionen); Prämieneinnahme: 27,5 Millionen Mark (21,8 Millionen); Reingewinn nach Abschreibungen auf Wertpapiere (Kursverlust) in Höhe von 856 261,55 Mark: 2 540 145,48 Mark (3 283 589,88 Mark); Gewinnanteil für die Versicherten für 1920: Vorschlag 20 Proz. Generalversammlung am 5. Juli d. Js.

Idunna, Feuer-, Unfall-, Haftpflicht- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft zu Halle. Gesamtprämieneinnahme: 7 923 686,21 Mark (i. V. 4 468 586,51 Mk.); Reingewinn: 189 614,63 Mark (934 088,95 Mk.); Gewinnanteil: Vorschlag 18,75 = 7½ Proz. je Aktie (16,25 = 6½ Proz.). Generalversammlung am 5. Juli d. J.

Provinzial-Nachrichten.

+ **Calbe a. S.**, 30. Juni. (Mord auf der Feldflur.) In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend ist auf der Brumbyer Flur der 20jährige Verwalter des Gutsbesitzers W. Ziemann, Brumby, erschossen worden. Der junge Mann hielt mit einem anderen Angestellten Wache an einem Erbsenfeld, als zwei Männer sich diesem näherten. Auf Anruf schoß einer der Männer, die es anscheinend auf Erbsendiebstahl abgesehen hatten, auf die beide Wache haltenden jungen Leute. Der Schuß ging fehl. Der unglückliche junge Mann ging hierauf auf die Diebe zu und erhielt einen Schuß durch den Kopf. Die Mörder sind entkommen.

() **Leopoldshall**, 1. Juli. (Vom elektrischen Strom getötet) wurde der bei der elektrischen Zentrale angestellte Monteur Ulrich aus Löderburg von dem Starkstrom der Ueberlandzentrale, der 15 000 Volt Spannung hat.

?? **Kassel**, 1. Juli. (Selbst Menschenschädel werden gestohlen.) Daß selbst die Leichen im Grabe nicht mehr vor Beraubung sicher sind, zeigt ein Vorfall hier. Ein Arbeiter bot einen Menschenschädel für 15 Mark zum Verkauf aus. Wie sich ergab, waren auch dem Friedhof mehrere Särge erbrochen und drei Schädel gestohlen worden.

— **Leipzig**, 1. Juli. (Abermalige Verteuerung auf dem Büchermarkt.) Die Reclamhefte, die während des Krieges allmählich von 20 Pfg. auf 50 Pfg. für die Einzelnummer gestiegen sind, werden nach einer Bekanntmachung des Verlages Philipp Reclam jun. in Leipzig vom 1. Juli d. Js. ab abermals eine Erhöhung, und zwar auf 65 Pfg. erfahren. Die gleiche Preiserhöhung kündigt der Verlag Hesse & Becker in Leipzig für die bekannte Volksausgabe seiner Sammlungen an. Zu diesem Preise tritt dann noch wie bisher der Sortimentierteuerungszuschlag von 10 Prozent.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Fußballsport.

Um die Mitteldeutsche Meisterschaft.

Der Protest Ring-Dresden—Halle 96, der am vergangenen Montag in Leipzig stattfand nahm eine recht sonderbare Wendung. Der Hauptausschuß sah in dem späteren Anfang sowie dem vorzeitigen Abbruch zwei nicht ganz unbegründete Einwände. Zu einem endgültigen Urteil kam es jedoch nicht, da sich der Spielausschuß erst mit dem Verbandsvorstand voraussichtlich am Sonnabend in Verbindung setzen will, so daß an diesem Tage erst die Entscheidung gefällt werden wird.

Jeden sportsmandten Menschen wird diese Entscheidung befremden. Bisher wurden Proteste wegen Zeit nur verhandelt, wenn sie vor dem Spiele angegeben waren. Das war aber kein Gewohnheitsrecht, sondern in den Satzungen vorgeschrieben. Und — im übrigen sollte wirklich der spätere Beginn Dresden um den Sieg gebracht haben. Unseres Erachtens sollte dieser Protestgrund vollkommen haltlos sein.

Was nun den Spielabbruch anbelangt, so ist der Unparteiische vollkommen den Satzungen sowie Fußballregeln entsprechend verfahren. Regel 12, Absatz 2, Satz 3 der Regeln des D. F. B. sagen klar und deutlich: „Der verteidigende Torwächter darf nur auf oder hinter seiner Torlinie stehen." (Schurig stand aber neben jenem Tore). In den Anweisungen für Schiedsrichter derselben Regel besagt Absatz 2: „Der Schiedsrichter muß sich erst davon überzeugen, daß die Spieler richtig stehen, bevor er das Zeichen zur Ausführung des Elfmeterstoßes gibt." Der Tormann Dresdens stand zweifelsohne nicht auf dem vorgeschriebenen Platze und durfte der Schiedsrichter nicht das Zeichen zur Ausführung geben. Er hat sich dann an Dresden gewandt, und die Mannschaft aufgefordert einen Tormann zu stellen. Die Mannschaft wegerte sich, worin auf jeden Fall unsportliches Benehmen zu erblicken ist. Aus diesem Grunde war der Unparteiische berechtigt alle Spieler herauszustellen, was einem Spielabbruch gleichkommt. Vielleicht wäre es einfacher gewesen, wenn der Schiedsrichter kein Zeichen zum Ausführen des Elfmeterballes gegeben, die 8 Minuten noch gewartet und dann abgepfiffen hätte. Dann wäre das Spiel regulär zu Ende gewesen, denn absichtlich vertrödelte Zeit gehört zur Spielzeit. Ohne weiteres kann man in dem Weigern der Dresdner Mannschaft ein Verschleppungsversuch erblicken. Wir werden über die endgültige Entscheidung berichten. tf.

H. F. C. v. 1910. Da die Trainierabende in letzter Zeit erfreulicher Weise sehr zahlreich besucht wurden, macht sich, um das Training richtig auszführen und leiten zu können, eine Neueinteilung nötig. Jeden Donnerstag, ab ½5 Uhr, 1., 2. und 3. Mannschaft; jeden Freitag, 4., 5. und 6. Mannschaft sowie Jugend. Es wird gebeten, die Einteilung zu beachten. Anmeldungen für die Jugendmannschaften nimmt entgegen, sowie Auskunft über Sportkleidung erteilt Arthur Stone, Wittestr. 20, pt.

Preußen—1910 2:1 (1:0). Beide Mannschaften lieferten sich einen harten Kampf. 1910 mit Ersatz für Weidner und Pohl I, Preußen mit all seinen „Größen". Gleich nach Beginn erzielt Preußen einen Eckball, welcher gut eingeschossen wird, dem linken Verteidiger durch die Beine geht und vom Torwächter von der Torlinien ins Feld geschlagen wird. Entscheidung Tor! Obwohl der Ball die Torlinie nicht überschritten und sich auch nicht einmal auf derselben umdreht hatte. Halbzeit 1:0. Während Preußen die erste Hälfte mehr vom Spiel hatte, so kam 1910 nach der Pause mehr auf und drückt ständig. Durch Wagner wird dann der Ausgleich erzielt. Kurz danach geht 1910 wieder durch und erzielt sein zweites Tor. Während der Ball bereits im Preußentor sitzt, wird vom Schiedsrichter Strafstoß für 1910 entschieden. Der Pfiff ertönte erst, als der Ball bereits in den Maschen saß! Nach Ausführung des Strafstoßes geht es im scharfen Tempo weiter. Ein Durchbruch Preußens, welcher 3 Minuten vor Schluß das zweite Tor einbringt, wird dadurch begünstigt, daß 1910 samt der Läuferreihe sich im Angriff befand. Im allgemeinen hatte das Spiel einen angenehmen Charakter, nur durfte dasselbe nicht durch solche zweifelhaften bezw. ganz klaren Erfolge entschieden werden.

1910 II—Weißenfelser Tennonia I 10:1 (7:1).

1910 IV—Olympia IV 3:2 (2:1).

Pferdesport.

Rennen zu Leipzig.

(Eigene Drahtmeldung der Saale-Zeitung.)

1. Hammer-Rennen, 12 000 Mk., Verkaufs-Rennen 1600 Mtr.: 1. Fillipow, 2. Einhart, 3. Chalcedon. Sieg 68. Platz 15, 11:10. 16 liefen.

2. Nickel-Rennen, 15 000 Mk., für Dreijährige, 1800 Mtr. 1. Barnwart, 2. Fuhrwark, 3. Wackerbart. Sieg 17. Platz 11, 15, 27:10. 7 liefen.

3. Großer Hamburger Ausgleich, 20 000 Mk., 3200 Mtr. 1. Albani, 2. Winterfaat, 3. Liliestein. Sieg 84. Platz 19, 28, 13:10. 7 liefen.

4. Gradizer Rennen, 6000 Mk., für Zweijährige, 1000 Mtr. 1. Heiderose, 2. Egardas Fürstin, 3. Oberfeldherr. Sieg 74. Platz 21, 15, 19:10. 7 liefen.

5. Deutscher Stuten-Preis, 50 000 Mk., für dreijährige Stuten 2400 Mtr. 1. Tulipan, 2. Heuchelei, 3. Oneida, 4. Sturmflut. Sieg 10:10. 4 liefen.

6. Volksdorfer Ausgleich, 12 000 Mk., für Dreijährige, 1400 Meter. 1. Magier, 2. Auffahrt, 3. Glückskind und Friedenstaube (totes Rennen). Sieg 90. Platz 27, 21, 12, 33:10.

7. Alphons Brüdermann Jagdrennen. Ehrenpreis und 12 000 Mk., Herrenreiten, 4800 Mtr. 1. Cerberus, 2. Ostry, 3. Charlens Cousin. Sieg 69. Platz 32, 19, 22:10.

Verschiedenes.

Hallischer Ausschuß für Leibesübungen.

In dem am Sonntag, den 6. Juli, stattfindenden Turn-, Sport- und Spielfest sind nach den vorliegenden Nennungen zu schließen, scharfe Wettkämpfe zu erwarten. Die besten Hallischen Leichtathleten werden zusammen treffen. Besonderes Interesse werden die Lauftonkurrenzen bieten, da über erstmalig nach dem Kriege wieder die schnellsten Hallischen Läufer gegeneinander ihre Kräfte messen werden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190702012/fragment/page=0003

Handel, Gewerbe und Verkehr.

„Am Grabe unserer Wirtschaft."

Essen, 30. Juni. In der heutigen ordentlichen Hauptversammlung des Bergbauvereins führte der Geschäftsführer, Bergassessor v. Löwenstein, u. a. aus:

„In der Zeit vom 9. November bis 30. April sei nur an 22 Tagen nicht gestreikt worden. Im Schichten seien 6,6 Millionen verloren gegangen. Der Förderausfall habe sich auf 3,3 Millionen Tonnen Kohlen und der Ausfall an Arbeitslöhnen auf 96 Mill. Mark belaufen. Was wir noch aus der Revolution gerettet haben, das ist uns von den Feinden genommen worden. Unsere Vorräte an Steinkohlen wurden durch die brutalen, auf die Dauer auf Erdrosselung des deutschen Volkes hinzielenden Friedensbedingungen von 195 Milliarden Tonnen Kohlen auf 78 Milliarden Tonnen Kohlen zurückgebracht. Die Förderung an Steinkohlen, die sich 1913 noch auf 190 Millionen Tonnen belief wird sich in Zukunft nur noch auf 91 Millionen Tonnen belaufen, denn 60 Millionen Tonnen gingen allein durch die Abtretung deutschen Landes verloren. Ferner müssen 43,3 Millionen Tonnen auf Grund der Friedensbedingungen an die Entente geliefert werden. Während der industriellen und gewerblichen Bedarf Deutschlands vor dem Krieg 63 Millionen Tonnen betrug, werden in der Folge nicht mehr als 10 Millionen Tonnen zur Verfügung stehen. In Deutschland ist man mit Rücksicht auf die ganze Lage des Weltkohlenmarktes und im Hinblick auf die eigene Zahlungsunfähigkeit gar nicht in der Lage, den Fehlbetrag von 53 Millionen Tonnen aus dem Ausland zu beziehen. Millionen und aber Millionen deutscher Männer und Frauen werden von Deutschland ins Ausland abgestoßen, da jede Ernährungsmöglichkeit für sie auf deutschem Boden fehlt. Wir stehen am Grab unserer Wirtschaft."

Die Sozialisierung des Mühlengewerbes im Regierungsbezirk Merseburg.

Von fachmännischer Seite gehen uns folgende Darlegungen zu: Veranlaßt durch Lohnerhöhungen und durch Einführung des 8 Stunden-Arbeitstages wird im Regierungsbezirk Merseburg z. Zt. über Erhöhung des Mehl- und Brotpreises gesprochen. Damit rücken die Verhältnisse des Mühlengewerbes im Bezirk wie oft schon im Kriege in den Vordergrund des öffentlichen Interesses, und es fehlt dabei nicht an Stimmen, die Sozialisierungsforderungen der Gegenwart auch auf dieses Gewerbe ausdehnen.

Dem gegenüber wird die Darstellung Beachtung finden, daß in der weit überwiegenden Mehrzahl der Kommunalverbände des Regierungsbezirks das Mühlengewerbe seit Anfang 1915 so organisiert ist, daß auch extreme Sozialisierungswünsche nach einer anderen Form der Organisation nicht verlangen könnten. In 11 Komunalverbänden sind sämtliche Mühlen auch unter Anschluß der größeren Betriebe zu eingetragenen Genossenschaften zusammengeschlossen, in deren Aufsichtsrat oft auch durch Anteile der Kommunalverband vertreten ist. Die Genossenschaft verteilt das gesamte zur Verfügung stehende Getreide nach einem sogenannten „Kontingentschlüssel" über sämtliche Betriebe, berechnet nach deren Leistungsfähigkeit. Das entstehende Mehl und die entfallende Kleie wird nach Verfügung der Genossenschaft an die Bäcker usw. verteilt. Sämtliche Mühlen erhalten die Vergütungssätze, wie sie durch eine im Kreisausschuß erörterte genaue Unkostenberechnung festgestellt worden sind, ohne daß es nur einer Mühle möglich ist, sich etwa mehr Getreide, d. h. mehr Beschäftigung oder eine höhere Vergütung zu verschaffen. Die Angelegenheiten der Genossenschaften werden durch die Beschlüsse der Ernährungsausschüsse geregelt. Der Kommunalverband hat schon durch seine Mitgliedschaft jedes Einspruchsrecht.

Dies ist die Form der Organisation der Agrarindustrie, wie sie auch von extremen Sozialisierungstheoretikern (wir nennen Dr. Neurath, München) für die Verhältnisse des flachen Landes seit langem gefordert wird. Von einer Enteignung der ländlichen Industrie spricht auch das Aktionsprogramm Kautzkys vom Januar 1919 nicht. Es würde somit auch bei weitgehendster Sozialisierung des Mühlengewerbes und des Brotgetreideverkehrs, soweit es die Mühlen betrifft, eine andere Form der Sozialisierung nicht vorgeschlagen werden können. Bekannt ist, daß die der oben geschilderten Form entgegengesetzte Uebertragung der ganzen Arbeit an die höchst rentabelsten und technisch entwickelsten Großbetriebe im Regierungbezirk schon deswegen nicht durchgeführt werden könnte, weil im ganzen Bezirk nur 4 wirkliche Großbetriebe vorhanden sind, die eine Versorgung dieses großen Kreises mit Mühlenprodukten und mit Futterschrot aber auch nicht leisten könnten. Dieser Organisation verdankt es auch der Regierungsbezirk, daß er in den selbstwirtschaftenden Bezirken erheblich niedrigere Brotpreise in den letzten 4 Jahren gehabt hat als die nicht selbstwirtschaftenden Bezirke.

Das Dargestellte beweist, daß die Sozialisierungswünsche, soweit sie sich auf das Mühlengewerbe erstrecken, im größten Teile des Regierungsbezirks seit Jahren schon Erfüllung gefunden haben. Die Geschäfte werden dort „durch die Oeffentlichkeit für die Oeffentlichkeit" geführt, so daß Ueberschüsse, die mehr darstellen, als den Arbeitswert des Betriebes, den Kommunalverbänden, also der Oeffentlichkeit zufließen. Wer sich allerdings unter „sozialisieren" Teilen oder Wegnahme der Betriebe vorgestellt hat, wird der geschilderten Organisation nicht zustimmen können.

Das Beispiel beweist, daß ein Problem, das die Revolution brachte, wenigstens für Mühlen, schon durch den Zwang der Kriegsverhältnisse vor Jahren gelöst worden ist.

Landesausschuß der preußischen Handelskammern.

In den letzten Jahren hat sich in steigendem Maße die Notwendigkeit herausgestellt, das preußische Handelskammerwesen, das gegenwärtig in fast 90 Körperschaften zersplittert ist, zu vereinheitlichen, um insbesondere den maßgebenden Behörden die enge und schleunige Fühlungnahme mit den amtlichen Handelsvertretungen zu ermöglichen und damit die bessere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Handel und Industrie Preußens in Gesetzgebung und Verwaltung zu sichern. Nachdem der die Vereinheitlichung erstrebende Entwurf eines Handelskammergesetzes im letzten Abgeordnetenhause nicht zur Verabschiedung gelangt ist, haben sich nun die preußischen Handelskammern aus eigenem Antriebe zur Bildung eines Landesausschusses vereinigt, in den die Handelskammern jeder Provinz ihre Vertreter zu entsenden haben.

Der Landesausschuß hielt am 28. Juni seine erste Sitzung in Berlin ab. Der preußische Handelsminister Fischbeck begrüßte den Ausschuß. Er erklärte, daß er den Landesausschuß, bereitwillig als begutachtendes Organ anerkenne und seinen Aeußerungen die weitestgehende Beachtung widmen werde. Er habe deshalb auch zur Teilnahme an allen Verhandlungen des Ausschusses einen Kommissar bestellt. Der Minister wies auf die großen Aufgaben hin, die gerade in der nächsten Zukunft von dem Ausschusse zu bearbeiten sein werden und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß in der heutigen Zeit ungeduldiger Zerstückelungsbestrebungen der Ausschuß in seiner Zusammensetzung die wirtschaftliche Einheit und Zusammengehörigkeit des preußischen Staates verkörpere. Der Ausschuß wählte zum Vorsitzenden den Präsidenten der Handelskammer zu Berlin v. Mendelssohn, zu Stellvertretern den Präsidenten der Kölner Handelskammer, Kommerzienrat Dr. Hagen, den Präsidenten der Handelskammer zu Frankfurt a. M., Kommerzienrat Ladenburg und das Mitglied der Breslauer Handelskammer Stadtrat Dr. Grund. Als Mitglied wurde zugewählt der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages Dr. Frentzel.

Zur Kommunalisierung der Berliner Straßenbahn.

Berlin, 1. Juli. Von berufener Seite wird mitgeteilt: Der gestrige Beschluß der Verbandsversammlung Groß-Berlin hat die Vorbedingungen für die Kommunalisierung der Großen Berliner Straßenbahn geschaffen, den Verkauf selbst aber noch nicht bewirkt. Dazu bedarf es außer der Festsetzung der Modalitäten im einzelnen noch des Beschlusses der Generalversammlung des Unternehmens, die am 17. d. Mts. zusammentritt. Bisher ist also der Zweckverband nicht verfügungsberechtigt. Es beruht deshalb auf Irrtum, wenn vielfach gemeldet wird, die Leitung des Zweckverbandes oder der Magistrat Berlins seien wegen des Straßenbahnstreiks in unmittelbare Verhandlungen eingetreten. Solche Verhandlungen können zurzeit nur mit der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn geführt werden. Dagegen ist der Magistrat von Berlin mit Nachdruck bemüht, die bereits angekündigte Absicht der Reichsregierung, welche sich auf Verbilligung der Lebenshaltung richtet, zur Ausführung zu bringen. Wie wir hören, hat darüber heute eine Verhandlung im Reichshaus stattgefunden. Diese Verbesserung der Lebenshaltung ist für alle beteiligten Klassen der Angestellten und Arbeiter wirtschaftlich weit bedeutungsvoller, als die Geldbeträge, welche sie durch den Streik zu erlangen suchen.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 1. Juli. Die Maßnahmen der Regierung gegen die Streikbewegung beschäftigten die Börse in der Erwartung, daß die inneren Schwierigkeiten überwunden werden. Meldungen von der Vorbereitung zur Bildung eines Stützungskonsortiums für Kriegsanleihen halfen mit, die Stimmung zu bessern. Das sich aus der gestrigen Fülle ergebende Anlagebedürfnis führte dem Markte eine große Zahl Käufer zu. Besonders in den letzthin bevorzugten Werten zeigte sich außerordentlich starke Kauflust. Bochumer, Gelsenkirchen und Phönix stiegen erheblich. Nofa stellte sich um 11 Prozent, Eisberfelder Farben um 8 Prozent, Höchster Farbwerke um mehr als 6 Prozent höher. Prinz Heinrich-Bahn gewann über 9 Prozent. Auch Schiffahrtsaktien lagen fest. Andere Werte hatten etwas unter Realisierungen. Doch blieben die Rückgänge ziemlich unbedeutend. Rheinisch Metall verlor 4 Prozent. Deutsche Anleihen wurden viel gekauft. Kriegsanleihe setzte mit 77¼ ein und konnte sich unter leichten Schwankungen behaupten. Die Börse schloß bei ruhigem Geschäft in unveränderter Festigkeit. Für die nur zu Einheitskursen gehandelten Industriewerte bestand rege Kauflust bei vielfach bedeutenden Kursverhöhungen. Gelsenkirchen gewann 18 Prozent.

Produktenbericht.

Berlin, 1. Juli. Das Bekanntwerden der vollständigen Freigabe von Stroh und Heu aus der vorjährigen Ernte und die Auflösung des bisherigen Preisverbandes der Saatbändler, der bei der Feststellung der Richtpreise hauptsächlich beteiligt war, gab dem Produktenverkehr zu der Erwartung Anlaß, daß eine Belebung der Geschäfte nahe bevorstehe. Heute war allerdings noch wenig davon zu bemerken. Lupinen konnten nur in guter Saatware untergebracht werden. Serradella wurde kaum gehandelt. Für Stroh zeigte sich aus der Provinz einige Nachfrage. Besitzer von Heu haben ihre Forderungen zum Teil etwas herabgesetzt.

Brennstoffersparnis als Konkurrenzmittel. Der Vorstand des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute hat in seiner letzten Sitzung die Schaffung einer Ueberwachungsstelle für Brennstoffe und Energiewirtschaft auf Eisenwerken beschlossen. Fast sämtliche Eisen erzeugende und Eisen verarbeitende Werke haben ihre Zustimmung hierzu gegeben. Es soll eine genaue Ueberwachung der Werke durch Fachingenieure ohne Ausübung eines Zwanges stattfinden, um größte Ersparnisse an Brennstoffen und Energieverbrauch zu erreichen und dadurch die Eisenindustrie dem Auslande gegenüber wettbewerbsfähig zu erhalten.

Verstaatlichungsmaßnahmen in Sachsen. Die sächsische Volkskammer bewilligte 5,9 Mill. Mark zur Erweiterung des staatlichen Braunkohlenwerkes Hirschfelde, 17½ Mill. Mark zur Aufschließung der staatlichen Braunkohlenfelder in der Gegend von Böhlen, 4,6 Mill. Mark zum Ankauf der Aktien der sächsischen Unternehmen der Schuckertgruppe und 4 Mill. Mark zum Ankauf der Aktien der Landkraftwerke Leipzig, Aktien-Gesellschaft in Kulkwitz.

Der Silber-Richtpreis, der jetzt im Auftrage der deutschen Reichsregierung von der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt in Frankfurt a. M. festgesetzt wird, ist für die kommende Woche auf 515 Mk festgesetzt worden gegen 571 in der Vorwoche.

160 Prozent Dividende bei Pomona. Auf Grund der neuerdings eingetroffenen Nachrichten ist die Pomona Diamanten-Gesellschaft, Berlin, in die Lage versetzt worden, nachträglich einen Abschluß für 1917 aufzustellen. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am Montag beschlossen, die Verteilung einer Dividende von 100 Prozent in Vorschlag zu bringen. (In April 1917 wurde für 1916 die letzte Dividende, 45 Prozent, verteilt.)

Dommischer Thonwerke A.-G. Der Rechnungsabschluß für 1918/19 weist eine Gesamteinnahme von 352 765 (322 570) Mk. auf. Nach Kürzung der Unkosten von 225 783 (152 026) Mk., der Abschreibungen mit 19 942 (20 967) Mk. und der Kursverluste von 24 466 (0) Mk. bleibt ein Reingewinn von 62 574 (49 577) Mark, aus dem, wie schon gemeldet, 5 (4) Prozent Dividende verteilt werden sollen. In der ersten Hälfte des abgelaufenen Geschäftsjahres hielt sich die Nachfrage unter der hemmenden Einwirkung des Krieges auf der Höhe des Vorjahres. Nach der Demobilmachung trat ein erheblicher Bedarf an Baustoffen für Notstandsarbeiten sowie für Zwecke des Bergbaues und der Industrie ein, der eine besonders rege Nachfrage brachte, die jedoch wegen der Kohlenknappheit nicht annähernd befriedigt werden konnte. Die erhöhten Verkaufspreise kommen der Steigerung der Selbstkosten gegenüber nicht entsprechend zur Geltung.

Niederlausitzer Kohlenwerke. Der Aufsichtsrat beschloß, eine Dividende von 10 (14) Prozent vorzuschlagen. Der Ueberschuß betrug 6 508 099 (6 363 547) Mk. Generalunkosten, Steuern und Zinsen erforderten 993 878 (1 023 848) Mk., Kursverluste auf Staatsanleihen 304 479 (0) Mk., so daß sich der Bruttogewinn auf 5 209 741 (5 339 698) Mk. stellt. Die Abschreibungen wurden auf 900 937 (2 854 434) Mk. festgesetzt.

Verband Deutscher Hefefabrikanten in Düsseldorf. Die Preiserhöhung wurde nunmehr endgültig auf 25 Pfg. pro Pfund festgesetzt.

Portlandzementfabrik Rüdelsburg A.-G. zu Bad Kösen. Die Generalversammlung genehmigte die mit einem Reingewinn von 16 129 (166 834) Mk. abschließende Bilanz. Eine Dividende (fünf Prozent) gelangt nicht zur Verteilung. Die Aussichten sind als ungünstig zu bezeichnen. Es würde von den Kohlen- und Rohstoffpreisen sowie von den Arbeitslöhnen abhängen, ob der Betrieb überhaupt aufrecht erhalten werden kann. Ziegelei und Kalkbrennerei ruhen infolge Kohlenmangels.

Kriegswirtschaft Thüringen. Die Gewerkenversammlung hat beschlossen, mit Rücksicht auf das Verhalten der Arbeiter, wodurch das Fortbestehen des Werkes bedroht werde, von der beabsichtigten Ausschreibung einer Zubuße von 500 000 Mk. abzusehen.

Ausscheiden der Bergmann-Elektricitätswerke A.-G. aus der Magdeburger Vorortbahnen A.-G. Die seit längerer Zeit geführten Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß die Stadt Magdeburg nunmehr 66⅔ Proz. und die Provinz Sachsen 33⅓ Proz. der Aktien der Magdeburger Vorortbahnen A.-G. übernimmt. An dem Kapital von 2½ Mill. Mark der Vorortsbahnen waren bisher die Stadt Magdeburg mit 56 Proz. und die Bergmann Elektricitätswerke A.-G. mit 44 Proz. beteiligt.

Sächsische Farbenfabrik Cunsdorf J. C. Schulz, Akt.-Ges., in Cunsdorf bei Reichenbach i. V. Die Verwaltung beantragt bei der auf den 16. Juli einberufenen Hauptversammlung die Erhöhung des Grundkapitals um 100 000 auf 300 000 Mark durch Ausgabe von 100 Aktien zu je 1000 Mark. Die jungen Aktien sollen den alten Aktionären in der Weise zum Kurse von 105 Proz. angeboten werden, daß auf zwei alte Aktien eine neue bezogen werden kann.

Europäischer Hof, A.-G. in Dresden. Trotz der hemmenden Zustände der Kriegszeit und den politischen Umwälzungen ist es der Gesellschaft gelungen, die Besuchszahl zu heben und einen Gewinn zu erzielen. Nach dem Geschäftsbericht für 1918 betrugen die Einnahmen 484 095 (368 480) Mk., die Ausgaben nebst 32 954 (31 324) Mk. Abschreibungen 466 202 (424 655) Mk., so daß sich 17 893 Mk. Reingewinn (i. V. 56 175 Mk. Verlust) ergab, der vorgetragen wird. Somit bleibt die Gesellschaft wieder dividendenlos. Ueber die Aussichten für das laufende Jahr lasse sich eine Voraussage nicht machen; die Entwicklung des Geschäfts hänge fast vollständig von der Gestaltung der politischen Verhältnisse ab.

Sprengstoffwerke Dr. R. Nahnsen & Co. in Dömitz-Hamburg. Aus dem Rohgewinn von 2,33 (1,55) Mill. Mark sind zu decken: 0,82 (0,24) Mill. Mark Zinsen, 0,70 (0,55) Mill. Mark Unkosten, 0,19 (0) Mill. Mark Kursverlust und 0,16 (0,17) Mill. Mark Abschreibungen. Es bleibt demnach ein Reingewinn von 0,41 (0,56) Mill. Mark, aus dem 10,2 (13,7) Proz. Dividende verteilt werden sollen. Durch das plötzliche Aufhören der Kriegslieferungen wurde das Ergebnis wesentlich beeinträchtigt. In der Bilanz erscheinen: Debitoren 1,96 (4,05), Vorräte 3,18 (7,05), Effekten 2,13 (0,98) und Kreditoren 5,92 (10,91) Mill. Mark.

Berliner Börse

vom 1. Juli 1919.

(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:		Döring & Lehrmann	104,00
		Dürkoppwerke	280,25
Halberst.-Blankenb.	82,75	Eberfelder Faber.	—
Helle-Hettstedter	73,50	Felten & Guilleaume	127,00
Schantungbahn	127,50	Gasmotoren Deutz	—
Allg. Lokal-Str.	133,75	Gebhard & Co	225,00
Gr. Berl. Str.	121,00	Gebbard & König	82,25
Magdeburger Str.-B.	—	Gelsenkirchen Berg	161,50
Prinz-Heinrich-B.	256,00	Glauziger-Zuckerfbk.	255,00
Orientbahn	—	Hallesche Maschfbk.	311,00
Schiffahrts-Aktien:		Hann. Masch.	337,00
		Harpener Berg	163,75
Hambg. Paketfahrt	94,00	Hasper Eisen	145,00
Hambg. Südamerika	144,00	Hirsch Kupfer	222,00
Hansa-Dampfschiff.	200,63	Höchster Farbw.	300,00
Nordd. Lloyd.	96,00	Hoesch Eisen u. Stahl	215,50
		Hohenlich-Werke	99,75
Bank-Aktien:		Humboldt Masch.	132,00
		ilse Bergbau	295,00
Bank f. Thür.	—	Kahla Porzellan	293,00
Berl. Handelsges.	150,00	Kaliw. Aschersleben	162,50
Commerz-Diskontobank	116,50	Körbisd. Zucker-Akt.	—
Darmstädter Bank	106,00	Kyffhäuserhütte	125,00
Dessauische Landesbank	—	Lahmeyer & Co.	112,75
Deutsche Bank	190,00	Lauchhammer	150,00
Diskonto-Comm.	152,25	Laurahütte	149,75
Dresdner Bank	131,50	Linke & Hofmann	276,75
Leipzig Credit-Anst.	128,25	Ludwig Loewe & Co.	220,00
Mitteld. Kreditbank	111,50	Lothringer Hütte	158,75
Mitteld. Privatbank	—	Mannesmannröhren	170,50
Nationalbank	—	Oberschl. Eisenb.-Bd.	110,50
Gesterr. Kredit	—	do. Caro Hag.	127,00
Reichsbank	149,50	do. Koksswerke	186,00
		Orenstein & Koppel	172,00
Industrie-Aktien:		Phönix Berg	193,75
		Rhein. Metall-Vorz.	164,00
Schultheiss-Brauerei	211,00	Rhein Stahlwaren	141,00
Akt. f. Anilin	229,00	Riebeck. Montan	—
Allgem. Elektr. Ges.	184,50	Rombacher Hütten	147,00
Ammendorfer Papierfbk.	—	Rositzer Braunk.	112,25
Anhalter Kohlenw.	169,50	Rositzer Zucker	130,00
Annaberger Steingut	176,25	Sangerhäuser Masch.	225,50
Badische Anilin	339,75	Hugo Schneider A.-G.	179,50
Bergmann Elekt. Akt.	140,50	Schuckert & Co.	125,00
Berl. Masch.-Bau	198,00	Siemens & Halske	—
Bismarckhütte	181,75	Stettiner Vulkan	130,50
Bochumer Gußstahl	188,87	Stollberger Zinkh	106,50
Chem.-Fabr. Buckau	109,75	Strals. Spielkarten	245,00
Chem. Griesheim	212,50	Thale-Eisenhütte	248,00
Chem. Heyden	—	Triptis Porzellan	181,00
Consolidation Schalk	223,00	Türk. Tabakregie	—
Gröllwitzer Papierfbk	213,00	Ver. Köln-Rottweiler	—
Daimler Motoren	195,25	Ver Glanzstoff	448,00
Deutsche Luxemburg	146,50	Wegelin & Hübner	—
Deutsche Uebersee Elektr.	203,00	Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Deutsche Erdöl	299,50	Westeregeln Alkali	224,00
Deutsche Gasglühl.	320,50	Wittener Gußstahl	182,00
Deutsche Kali	174,50	Wrede Mälzerei	117,50
Deutsche Waffen u. Mun.	218,50	Zschau-Kriebitsch Braunk.	—
Donnersmarckhütte	178,00	Zeitzer Masch.	293,00
		Zellstoff Waldhof	179,25
		Otavi-Minen.	120,—

L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse (Stadt Hamburg).
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Heims; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Miesicher; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bleier.
Druck und Verlag von Otto Hendel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190702012/fragment/page=0004